

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	287
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	30.11.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:	BM Fuhrmann		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Aussprache zum Bürgerhaushalt 2023		

Für die Verwaltung berichtet BM Fuhrmann zum Ablauf des Verfahrens. Sehr erfreulich sei die hohe Beteiligung von 17.965 Stuttgarterinnen und Stuttgartern gewesen. Eingegangen seien 2.389 Vorschläge. Nachdem diese von einem externen Moderationsteam auf Haushaltsrelevanz geprüft worden seien, seien 1.693 Vorschläge übrig geblieben, die mit 1,1 Mio. Stimmen bewertet worden seien. Wie üblich seien die Top-100-Vorschläge sowie die Top-2-Vorschläge aus den Stadtbezirken von der Verwaltung mit einer fachlichen Stellungnahme versehen und dem Gemeinderat vorgelegt worden. Im Besonderen hebt er die insgesamt 8.490 Kommentare auf der Onlineplattform hervor. Die Verwaltung sehe im Bürgerhaushalt Stuttgart ein Erfolgsmodell. Er dankt den am Prozess Beteiligten, insbesondere den Mitarbeitenden der Stadtkämmerei und den Mitgliedern des Arbeitskreises Stuttgarter Bürgerhaushalt.

OB Dr. Nopper informiert, es sei eine Redezeit von maximal fünf Minuten für die Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften vereinbart worden.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken BM Fuhrmann und schließen sich dem Dank an die Verwaltung, insbesondere die Haushaltsabteilung der Stadtkämmerei sowie die Mitglieder des Arbeitskreises Stuttgarter Bürgerhaushalt an.

StR Pitschel (90/GRÜNE) schickt voraus, er sei normalerweise ein großer Freund von weniger langen Redebeiträgen, halte dies aber bei der Aussprache über den Bürger*innenhaushalt nicht unbedingt für angebracht. Er hätte von BM Fuhrmann oder OB Dr. Nopper nicht nur Ausführungen zum Verfahren erwartet, sondern auch deren Sicht auf die Vorschläge und die Begründung, warum sie welche davon in die grüne Liste

übernommen hätten. Er weist an dieser Stelle darauf hin, dass die grüne Liste der Verwaltung im Bereich Bürgerhaushalt ähnlich dünn sei wie in anderen Bereichen. Das werde seine Fraktion korrigieren. Der Bürgerhaushalt enthalte nicht nur viele gute Ideen, sondern sei auch ein Realitätscheck, bei dem abgeglichen werde, ob die Themen im Gemeinderat auch die Themen der Bürgerinnen und Bürger seien. Was seine Fraktion anbelange, so könne er dies bestätigen. Die Stadtbahn-anbindung der Universität Hohenheim sei auf dem Weg. Auch für ein näheres Heranrücken Stuttgarts an den Fluss sehe seine Fraktion viele konkrete Maßnahmen vor, z. B. die Uferterrasse im Lindenschulviertel, flussnahe Naherholung am Hechtkopf, Wasenufer und temporäre Unterstützung der Neckarinsel. Weiter fordere seine Fraktion schon lange, die alte Eisenbahnbrücke als Park über dem Neckar zu gestalten. Viele weit oben gerankte Vorschläge der Bürger*innen forderten mehr Grün in der Stadt, z. B. mit dem 1000-Bäume-Programm. Seine Fraktion fordere außerdem mehr Geld für Grün in der Stadt - Sträucher, Hecken, Streuobstwiesen, Grünanlagensanierung. Sie setze sich für Klimaanpassung, Schwammstadt, Hitzeschutzmaßnahmen, Begrünung, Wasserspiele und Trinkbrunnen ein. Wichtig seien auch die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung und der Rückstand bei der Digitalisierung, ebenso müssten im Hinblick auf die Schwimmfähigkeit Mittel für das Hallenbad Untertürkheim eingestellt werden. Darüber hinaus lohne sich ein Blick auf die kleinen Ideen aus dem Bürgerhaushalt, wie etwa ein Bobbycar-Rennen auf der Alten Weinsteige. Der Bürgerhaushalt sei ein gut etabliertes Erfolgsmodell, und damit das so bleibe, müsse er enger verzahnt werden mit der gesamten Bürgerbeteiligungsarchitektur. Aktuell gebe es hier noch separate Plattformen. Grundsätzlich müsse der Bürgerhaushalt mehr Sichtbarkeit in der Stadt erhalten und er müsse digital stärker beworben werden. Zudem könnten Hinweise darauf im öffentlichen Raum platziert werden. Der Erfolg lasse sich nicht nur an Zahlen messen, sondern am Output, dem, was realisiert werde. Hierfür sei ein gutes Zusammenspiel aller Akteure erforderlich.

Für ein gutes und wichtiges Instrument halte auch seine Fraktion den Bürgerhaushalt, betont StR Kotz (CDU), auch wenn die Teilnehmerzahlen 2021 um ca. 2.000 höher und 2019 sogar mehr als doppelt so hoch gelegen hätten. Auch die Zahl der Vorschläge sei zurückgegangen. Insofern müsse man, wenn man das Instrument erhalten wolle, daran arbeiten, das Niveau von 2019 wieder zu erreichen, zumal der Aufwand sehr hoch sei. Wie in der Vergangenheit sei es auch diesmal guter Brauch, nach einer Runde jeweils das Verbesserungspotenzial abzuklopfen. Erfreulich sei nach Ansicht seiner Fraktion, dass unter den TOP 30 tendenziell eher größere Themen aufgelistet seien, die weite Teile der Stadtgesellschaft betreffen: Schwimmfähigkeit, die Themen rund um den Neckar, Bürgerbüros, Prüfung von mehr Photovoltaikanlagen, mehr Grün etc. Schwierig finde er, bei den Haushaltsanträgen jeweils zu prüfen, was wozu passe. Oftmals wüssten die Bürgerinnen und Bürger nicht, welche Projekte bereits liefen und welche bei den Gesellschaften - Stadtwerke, SSB etc. - angesiedelt seien und damit nicht im Haushalt beantragt werden könnten. Insgesamt sei der Gemeinderat sehr nah an den Themen der Bürgerinnen und Bürger dran und setze sie um. Er schließe sich seinem Vorredner an, was die Verbesserung bei der Digitalisierung der Stadtverwaltung auch in der Schnittstelle zum Bürger in Bezug auf Beteiligungsformate anbelange. Er hoffe, dass der Appell seines Vorredners bis in die 2. Lesung reiche, wenn es um Digital Moves gehe. Beschließe der Gemeinderat das komplette Paket, werde beim nächsten Bürgerhaushalt die Umsetzung einer weiteren Digitalisierungsoffensive gefordert werden. Damit wären, so nehme er an, der gesamte Gemeinderat und der zuständige Bürgermeister glücklich.

Bei den Top 100 ließen sich einige Cluster identifizieren, erklärt StR Perc (SPD). Zum einen seien dies Verbesserung der städtischen Dienstleistungen, ÖPNV bzw. Mobilität, Entlastung von Familien, Klima und Gestaltung des öffentlichen Raums. Vergleiche man die Anträge der Fraktionen mit denen aus dem Bürgerhaushalt, so finde sich bei beiden z. B., Bürgerbüros wieder zu öffnen und den Service zu verbessern, digitale Terminvergabe bei Ämtern. Seine Fraktion habe im Bereich Digitalisierung einen großen Schwerpunkt und werde diesen in den Haushalt einbringen, um dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Weitere Anträge habe seine Fraktion in Bezug auf den Ausbau der Schulsozialarbeit, die Stärkung der Stadtteil- und Familienzentren, Kitafachkräfte, Entlastung der Familien, Sanierung von Spielplätzen, Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, Stärkung des Miteinanders im Quartier, mehr Grün, Photovoltaikanlagen, mehr Nahverkehr - u. a. den Anschluss der Universität Hohenheim an die Innenstadt - gestellt. Ein wichtiges Ziel seiner Fraktion sei das 9-Euro-Ticket, um möglichst viele Menschen zur Nutzung des ÖPNV zu bringen. Zum Verfahren merkt er an, der Zeitraum von zwei Wochen zwischen der Zusammenfassung und der Bewertung der Anträge sei sehr kurz und erzeuge hohen Druck. Im März sei die Topliste vorgelegt worden und nun finde am 30.11.2023 die Beratung zum Bürgerhaushalt statt. Bei der Evaluation 2024 sollte aufgegriffen werden, dass diese Zeit verlängert werden sollte, um die Moderation nicht zu stark eingreifen zu lassen. Grundsätzlich sei der heutige Termin eine sehr gute Idee zur Würdigung des Bürgerhaushalts, doch müsse er deutlich früher, vor der Sommerpause oder spätestens im September, stattfinden. Darüber hinaus sei eine bessere Kommunikation des verschobenen Termins gegenüber den Ehrenamtlichen vermisst worden. Diese müssten aber unbedingt gehalten bzw. müsse ihre Zahl wieder deutlich gesteigert werden.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bescheinigt dem Bürgerhaushalt Beständigkeit, wenngleich seine Fraktion hier noch Verbesserungspotenzial sehe. Dem Vorschlag von StR Pitschel bezüglich Werbens im öffentlichen Raum schließe er sich an. Gegenüber StR Kotz merkt er an, der Rückgang bei den Beteiligten könne auch mit der Corona-Pandemie zusammenhängen. Allerdings akzeptiere der Gemeinderat nach Ansicht seiner Fraktion das Verfahren nicht wirklich. Es bleibe im Verwaltungsbereich hängen, wobei die Stadtkämmerei hier sehr gute Arbeit leiste. Leider gebe es immer noch zu viele Vorschläge, die nicht kommentiert würden. In anderen deutschen Kommunen würden solche Vorschläge standardmäßig in der Aussprache zum Haushalt im Gemeinderat beraten, in Stuttgart sei dies nicht der Fall. Auch gebe es im Gemeinderat keine Mehrheiten für das von seiner Fraktion vorgeschlagene Bürgerbudget, bedauert er. Viele Vorschläge zum Thema Klima und Verkehr scheine die Mehrheit im Gemeinderat kaum zu honorieren, zumindest habe seine Fraktion diesen Eindruck. Eine gefährliche Entwicklung sehe er auch in der sachgrundlosen Diskreditierung des Bürger*innenrats Klima durch Teile des Gemeinderats. Zum Thema "Schwimmfähigkeit rettet Leben" habe seine Fraktion zwei Anträge gestellt, generell gebe es viel zu wenige Lehrschwimmbecken in der Stadt. Wichtige Themen seien für seine Fraktion auch Radwege, Trinkbrunnen, mehr Grün, Stadt am Neckar, besserer und günstigerer ÖPNV, Repair Café, Beseitigung der Wohnungsnot, mehr Schulsozialarbeit, Verbesserung der Kinderspielplätze, Frauenhaus, Stadtteil- und Familienzentren etc. Grundsätzlich begrüße seine Fraktion das Verfahren, das für sie eine gute Rückkopplung darstelle.

1,1 Mio. Stimmvorgänge belegen für StR Puttenat (PULS), dass das Verfahren ganz gut angenommen werde. Er dankt allen, die abgestimmt und ihre Ideen eingebracht haben. Wie sonst auch werde der Gemeinderat immer wieder damit konfrontiert, dass Ideen

scheiterten, weil dieses oder jenes der Umsetzung im Weg stehe. Für die im Bürger*innenhaushalt Engagierten seien solche Hürden dagegen weniger nachvollziehbar. Als Beispiele führt er zum einen die zusätzliche Begründung des Europaviertels (Platz 3) an, die die Verwaltung als nicht realisierbar eingeordnet habe. Er hoffe, dass sich daraus ein Lerneffekt für das neue Rosensteinviertel ableite. Zum anderen weist er auf den Antrag, Gewerbeleerstand zu Wohnraum umzuwidmen (Platz 22), hin, der mit der Aussage, ein solches Vorgehen sei rechtlich nicht zulässig, abgelehnt worden sei. Schnittmengen mit Anträgen seiner Fraktion sehe er bei den Themen Klimaschutz und Klimaresilienz, Flächengerechtigkeit im Verkehr, vor allem für Radfahrende und Menschen, die zu Fuß gingen, grünes Stuttgart, Wasser und Neckar, Schwammstadt, Etat für Grünanierungen, Rosensteinbrücke als neuer Begegnungsraum über dem Neckar, Flussfestival, Neckarinsel, Chancengleichheit und Teilhabe, Unterstützung der Jugend, Ausbau der Schulsozialarbeit, nichtkommerzielle Aufwertung öffentlicher Räume als Begegnungsräume, Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs, kostenlose Menstruationsprodukte in Schulen, Stadtentwicklung, z. B. im Schöttleareal, Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements und nicht zuletzt Kunst und Kultur, das Begleitgremium Maker City, Kunstverein Wagenhalle und seine Außenzonen, die Waggon, der Skatepark am Nordbahnhof und Contain't. PULS stehe für eine Ermöglichungskultur und deren Stärkung.

Zum Inhalt des Bürgerhaushalts wolle er nichts sagen, so StR Dr. Oechsner (FDP), er wolle vielmehr den Blick auf das Verfahren lenken. Ein Bürgerhaushalt könne sehr wertvoll sein, gleichwohl müssten die Ergebnisse auch umsetzbar sein. Wenn nun der für die Bürgerbeteiligung zuständige BM Fuhrmann von einem Erfolg des Bürgerhaushalts spreche, stelle sich ihm die Frage, warum dann die Anzahl der Personen, die sich beteiligten, nicht zu-, sondern abnehme - von ca. 40.000 im Jahr 2019 auf nun 17.000. Liege es am Verfahren oder sei die Umsetzung der Vorschläge gut oder schlecht? Über die Umsetzung entscheide der Gemeinderat, und hier sei Enttäuschung vorprogrammiert, unabhängig davon, dass manche Themen es auf Platz 1 schafften, die dies der guten Lobbyarbeit eines Vereins verdankten. Vielleicht sollte man sich an anderen Städten orientieren, so gebe es beispielsweise in Barcelona ein entsprechend großes Budget. Vorausgesetzt, dass dies rechtlich in Baden-Württemberg zulässig wäre, gäbe es die Garantie, dass die im Ranking vorderen Punkte dann auch umgesetzt würden, und zwar unabhängig von der Meinung des Gemeinderats. Auf jeden Fall sehe er angesichts der seit 2019 so stark gesunkenen Beteiligung die Notwendigkeit, am Verfahren zu arbeiten. Diese Tendenz spreche nicht für einen gelungenen Bürgerhaushalt, zumindest nicht für ein gelungenes Verfahren oder eine gelungene Umsetzung. Dies betreffe alle Fraktionen, auch diejenigen, die nun mit ihren Zielen deckungsgleiche Anträge aufzählten. Eine Entscheidung über das künftige Verfahren müsse im nächsten Jahr getroffen werden.

StRin von Stein (FW) erklärt, ihre Fraktion habe sich bei ihren Haushaltsanträgen insbesondere auf die Vorlagen der Verwaltung und Anschreiben von Vereinen und Institutionen gestützt. Sie könne nach Durchsicht der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt feststellen, dass ihre Fraktion zu vielen der 100 Punkte engagiert gewesen sei oder noch sei. Besonders hervorheben wolle sie ihre Anträge zum Mombach Water Cube und der erweiterten Öffnung von Lehrschwimmbecken, womit die Schwimmfähigkeit verbessert werden solle. Mit ihrem am Vortag eingereichten Stellenantrag für den Eigenbetrieb AWS unterstütze ihre Fraktion die Forderungen aus dem Bürgerhaushalt nach mehr Sauberkeit in der Stadt. Ebenso unterstütze sie weiterhin die vielfältigen Wohnbauprojekte, die möglichst rasch - auch im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum -

realisiert werden sollten. In diesem Zusammenhang seien auch die Stellenanträge für das Amt für Stadtplanung und Wohnen zu sehen. Im Weiteren deckten die Haushaltsanträge ihrer Fraktion zum Garten-, Friedhofs- und Forstamt eine ganze Reihe der Vorschläge aus der Bürgerhaushaltsliste ab, in denen mehr Grün, ein Grünkonzept, insektenfreundliche Blühstreifen auf Friedhöfen, mehr Bäume auf städtischen Plätzen und die Sanierung von Spielplätzen gewünscht würden. Von den 100 bewerteten Vorschlägen drehten sich 15 um das Thema Radfahren/ Radwege. Sie vermute dahinter die Fahrradlobby. Für ihre Fraktion - und viele Menschen in der Stadt - gebe es jedoch bei aller Wertschätzung für dieses Thema auch noch andere Themen, die sehr wichtig für eine hohe Lebenszufriedenheit in Stuttgart seien, auf der Liste der Top 100 aber nicht auftauchten: Pflege im Alter, Umgang mit Demenz, Inklusion, Gesundheit, Suchterkrankungen etc. Diese Einrichtungen brauche man immer dann, wenn es einem weniger gut gehe bzw. in Krisensituationen. Dann müssten sie aber vorhanden sein und funktionieren. Sie bedauert, dass diese Themen im Bürgerhaushalt nicht berücksichtigt worden seien. Ebenso fehlten in der Liste der Top 100 Vorschläge zur Kultur fast gänzlich. Ihre Fraktion frage sich, ob dies als Hinweis dafür gewertet werden könne, dass die Stuttgarterinnen und Stuttgarter das Kulturangebot für gut und ausreichend hielten und deshalb keine weiteren Kultureinrichtungen wünschten. Interessant finde ihre Fraktion auch, wie viele Stuttgarter teilgenommen hätten und aus welchen Stadtbezirken sie kämen. Obwohl es den Bürgerhaushalt seit 2011 gebe und nun der 7. Bürgerhaushalt vorliege, nähmen nach wie vor nur sehr wenige Bürgerinnen und Bürger daran teil. Und während sich in Zuffenhausen nur 1,5 % der Einwohnerschaft beteilige, seien es in Birkach 6,3 %. Hier vermute sie einen Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Situation und der Teilnahme. Insgesamt nehme ihre Fraktion den Bürgerhaushalt als ein Instrument wahr, das in vielen Fällen die Arbeit der Verwaltung, der Bezirksbeiräte und der Gemeinderäte bestätige. Bei einer Weiterentwicklung wäre ihrer Fraktion elementar wichtig, dass grundsätzlich viel mehr Menschen teilnähmen, und insbesondere in den Stadtbezirken, die aktuell eine außerordentlich geringe Beteiligung aufwiesen, mehr Menschen zur Teilnahme motiviert würden.

Sehr positiv beurteilt StR Dr. Mayer (AfD) den Bürgerhaushalt im Namen seiner Fraktion. Allerdings habe das Verfahren für ihn eher den Charakter eines Bürgerbrainstormings, weshalb er den Begriff Bürgerhaushalt skeptisch sehe. Am Brainstorming beteiligten sich diejenigen, die besondere Interessen vertreten oder sich besonders engagieren wollten. Deren Zahl halte sich in Grenzen. Bei den gelisteten Vorschlägen und ihren Erläuterungen vermisse er Einsparvorschläge. Doch handle es sich ja tatsächlich nicht um einen Bürgerhaushalt, sondern um eine Ideensammlung. Um die Motivation für eine Teilnahme zu steigern, könnte man dem Bürgerhaushalt ein eigenes Budget zugestehen, wobei sich dann die Frage erhebe, wie die Entscheidung über Finanzmittel hier legitimiert wäre. Könne man bei einer Beteiligung von teilweise weniger als 10 % der Bürger, die sich etwas wünschten oder durch Stimmensammlung untermauerten, diesen zugestehen, über Finanzmittel zu entscheiden? Er meine, nein, da solche Entscheidungen nicht demokratisch legitimiert wären. Die Konsequenz daraus müsse sein, die Basisdemokratie auch in dieser Hinsicht zu stärken. Man müsse z. B. überlegen, wie man dies auf Bezirksebene in die Praxis umsetzen könne. Dort könne man demokratisch legitimiert auch finanzielle Entscheidungen treffen. Dies halte seine Fraktion für den richtigen Ansatz.

StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ergänzt, gemäß der aktuellen Kommunalverfassung sei es nicht möglich, dass Bürger Haushaltsentscheidungen trafen. Wenn aber der Gemeinderat in den Haushaltsplanberatun-

gen ein Budget beschließen, das die Bürgerinnen und Bürger nach einem Verfahren selbst verteilen dürften, sei dieses Budget durch den Gemeinderatsbeschluss legitimiert. Seine Fraktion habe dies in den laufenden Haushaltsplanberatungen beantragt und ihren Antrag auf ein 10-Mio.-Euro-Budget für Bürgerinnen und Bürger modifiziert. Gemäß dem Vorschlag der Verwaltung sollte man mit 150.000 Euro und einer halben Stelle in die Planung einsteigen, damit bis zum nächsten Doppelhaushalt ein konkreter Budgetbeschluss gefasst werden könne. Er wirbt um Zustimmung zu diesem Antrag.

Damit schließt OB Dr. Nopper die Aussprache und stellt Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand